

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail
Staatssekretariat für Wirtschaft

14. August 2024

Änderung des Kriegsmaterialgesetzes (Motion 23.3585); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2024 hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung die Kantone zur Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG) ([23.3585] Motion der Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats vom 11. Mai 2023 betreffend Änderung des Kriegsmaterialgesetzes) eingeladen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der kriegsartige Angriff Russlands auf ein unabhängiges Nachbarland hat in der Schweiz eine neutralitäts- und sicherheitspolitische Debatte ausgelöst und unter anderem die Grenzen der Waffenausfuhrbestimmungen aufgezeigt. Die sehr restriktive Position der Schweiz bezüglich Lieferung von Schweizer Waffen – direkt oder indirekt – an die Ukraine hat international und teilweise auch im eigenen Land Unverständnis ausgelöst. Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagene Lockerung der Bestimmungen. Dank der massvollen Abweichungskompetenz für den Bundesrat können sicherheitspolitische Interessen des Landes besser gewahrt werden, ohne die Kernanliegen des Kriegsmaterialgesetzes beziehungsweise die humanitären Anliegen der Schweiz zu gefährden.

Zu den sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz gehört auch die Aufrechterhaltung und der Ausbau der industriellen Kapazität im Inland. Dabei kommt dem Bund und seiner Rüstungspolitik eine entscheidende Rolle zu. Der Regierungsrat empfiehlt dem Bundesrat nachdrücklich, bis Mitte 2025 einen Bericht über die Förderung und den Ausbau der Schweizer Rüstungsindustrie vorzulegen. Der Bericht soll aufzeigen, wie die Landesregierung bis 2035 die heimische Rüstungsindustrie konkret fördern will. Dabei ist die Herstellung von Munition unterschiedlichster Kaliber ebenso zu berücksichtigen wie die Entwicklung von Drohnen zur Bekämpfung eines mechanisierten Gegners, die Dezentralisierung der Produktion und weiterer Themen.

Die anhaltende Verschlechterung der sicherheitspolitischen Lage in Europa und weltweit betrifft die Schweiz unmittelbar. Die sogenannte hybride Bedrohung ist kein Planspiel mehr, sondern Alltag geworden. Spionage, Cyberangriffe und Informationskrieg sind auch in der Schweiz Realität. Wie sich die Schweiz vorzubereiten hätte, ist im Bericht der Schweizer Armee "Die Verteidigung stärken" aus dem Jahr 2023 nachzulesen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Markus Dieth
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie
• armscontrol@seco.admin.ch